

Resolution für eine faire Auslegung des Gaststättengesetzes

Mehr als 500 Menschen waren Ende Mai auf den Freien Platz in Udenheim gekommen, um gegen die verschärfte Praxis bei der Ausschankgenehmigung für die Hüttenabende zu protestieren. Auch die SPD äußerte bei der Veranstaltung ihren Unmut. Der Ortsvereinsvorsitzende Peter Dietz forderte die Rückkehr zur fairen Vergabepaxis der vergangenen Jahre und verwies auf eine Resolution, die der Ortsverein an die Verbandsgemeinde Rhein-Selz gesandt hat.



Darin heißt es: Bis Anfang 2023 war es kein Problem für Vereine und Initiativen eine Schankerlaubnis für den Betrieb der beliebten Hüttenabende auf dem freien Platz zu bekommen. Das hat sich nun grundlegend geändert. Anlass für die

plötzliche Kehrtwende ist ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, wonach Feste ohne „besonderen Anlass“ nicht mehr genehmigt werden dürfen. Das Urteil wurde am 12. Dezember 2019 veröffentlicht. Also vor dreieinhalb Jahren.

Warum ausgerechnet jetzt die Vergabe von Schankerlaubnissen eingeschränkt wurde, ist für viele Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar. Die Folgen dagegen sind offensichtlich: Eine solche Praxis bedeutet das Aus für gesellige Feste, ein herber Verlust für die örtliche Gemeinschaft und eine nachhaltige wirtschaftliche Schwächung der Vereine. Es ist zudem eine Strafe für alle ehrenamtlich Tätigen. Die SPD Udenheim fordert deshalb die Verbandsgemeinde auf, von ihrem Ermessensspielraum Gebrauch zu machen und umgehend wieder zu einer fairen, dorfgemeinschafts- und touristikfreundlichen Vergabepaxis zurückzukehren und so das ehrenamtliche Engagement in Vereinen und Initiativen nachhaltig zu unterstützen und das dörfliche Leben zu fördern.

Neues vom ALDI Markt in Udenheim

Im Mai war der alte Rewe-Markt schon fast gänzlich abgebrochen. Mit schwerem Gerät haben die Bauarbeiter den Platz für den Konkurrenten Aldi Süd gemacht. Der Discounter baut an der Staatsrat-Schwamb-Straße einen Supermarkt mit etwa 800 qm Verkaufsfläche. Dazu hat das Unternehmen das 7.600 qm große Grundstück erworben. Bis Ende des Jahres soll der Laden öffnen. Auf dem Gelände sind 80 Parkplätze

geplant. Das Dach wird begrünt und mit einer Photovoltaikanlage versehen. Laut Aldi Süd sollen 14 Arbeitsplätze entstehen.



Unser Blättche

Udenheim // Juni 2023

Liebe Udenheimerinnen und Udenheimer,

die Politik verlangt den Bürgerinnen und Bürgern derzeit viel ab: Grund- und Gewerbesteuern sollen erhöht werden. Mieter und Eigentümer müssen einen hohen Beitrag zur Energiewende leisten.

Da wäre es nur recht und billig, wenn die Gemeinde mit gutem Beispiel voranginge. Deshalb hat die SPD-Fraktion im Gemeinderat den Antrag gestellt, Udenheim soll dem Kommunalen Klimapakt des Landes beitreten. Als Eigentümerin von Immobilien und Liegenschaften kommt der Kommune beim Schutz des Klimas eine zentrale Rolle zu.

Mit dem Beitritt zum Klimapakt würde sich Udenheim freiwillig dazu verpflichten, mehr für den Schutz der Umwelt zu tun als derzeit gefordert. So könnten etwa gemeindeeigene Flächen mit Photovoltaik-Anlagen ausgestattet werden. Das ist mehr als reine Symbolik, das ist eine Investition in die Zukunft, von der sowohl die Umwelt als auch die Gemeindekasse profitiert. Mehr als 45

Kommunen in Rheinland-Pfalz sind schon Mitglieder des Pakts und bekommen als solche Hilfe bei der Umsetzung und Finanzierung ihrer freiwilligen Klimamaßnahmen.

Die SPD-Fraktion hofft, dass auch die anderen politischen Gruppierungen im Gemeinderat die Idee gut finden und sich eine Mehrheit dafür findet.

Ich wünsche Ihnen Kraft, Mut und Zuversicht.

Peter Dietz
Vorsitzender
SPD Udenheim



IMPRESSUM

Hrsg: SPD Ortsverein Udenheim. Redaktion: Peter Dietz, Bettina Kröhler, Holger Kröhler, Dorothee Hientzsch. Bilder: Privat.
V.i.S.d.P.: Peter Dietz, Ortsvereinsvorsitzender. Kontakt: ortsverein@spd-udenheim.de



Haushalt für 2023 verabschiedet

Der Gemeinderat Undenheim hat den Haushaltsplan in Höhe von 6,6 Mio. Euro mehrheitlich verabschiedet. Der Etat schließt mit einem Jahresüberschuss von 106.800 Euro ab. Im diesjährigen Haushaltsplan werden vor allem angegangene Projekte wie der Bau des Sportlerheims, Urnenstehlen auf dem Friedhof, die Erweiterung des Kindergartens Arche Noah und Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Licht weiter fortgeführt. Außerdem wird die Erschließung eines kleinen Baugebietes hinter der ehemaligen RWZ und die Umsetzung des restlichen Gewerbegebietes in Angriff genommen.

Neu hinzugekommen sind Planungsaufgaben, die sich mit der Sanierung der dorfeigenen Straßen (Ausbau der Mozartstraße) und der Überplanung des alten Sportplatzes befassen. Auch soll ein Konzept für den Bauhof erstellt werden. Leider fehlt aus Sicht der SPD das Thema Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Dachflächen. Dies wurde zwar an die VG verwiesen, aber ob die Gemeinde davon einen Nutzen hat, kann derzeit nicht beantwortet werden. Auch ist fraglich, ob die Dachflächen überhaupt ins Programm der VG aufgenommen sind.

Die größten Ausgabenposten in der Gemeinde sind die Umlagen. Da ist zum einen die Kreisumlage, die um 1,25% auf 33,75% angehoben wurde und somit 1,17 Mio.Euro verschlingt. Auch hier bleibt offen für welche Maßnahmen der Kreis das Geld benötigt. Zum anderen gibt es die VG-Umlage in Höhe von 37,75% und einem Volumen von 1,31 Mio. Euro. Ein

Großteil fließt wieder nach Undenheim zurück, etwa durch den Bau der Grundschule und der Mensa.

Als nächster großer Ausgabenposten sind die Personalkosten zu sehen, mit nunmehr 2,48 Mio. Euro und einem Plus von 237.500 Euro gegenüber 2022. Diese Kosten werden von über 80% durch den Kindergarten hervorgerufen. Das hat zur Folge, dass der Bereich Kindergarten mit einem Minus von 450.000 Euro in die Bücher eingeht.

Die wiederkehrenden Beiträge für den Straßenausbau und der Erhaltung der Straßenbeleuchtung wurden bereits 2022 beschlossen und werden 2023 und 2024 zum Einsatz kommen. Langfristiges Ziel ist auch die Überplanung des Wiegand-Will-Platzes.

Zum Abschluss noch ein paar Worte zur Erhöhung der Grundsteuer A und B. Laut Verabschiedung durch den Rat wurde die jetzt der Hebesatz bei der Grundsteuer A von 300% auf 345% hochgesetzt, was eine Erhöhung von 15% bedeutet und die Grundsteuer B (bebaute Grundstücke) von 365% auf 465%, was einer Erhöhung von 27% entspricht. Wir denken eine Erhöhung über der Inflationsrate ist nicht redlich und belastet die Bürger und Bürgerinnen über Gebühr, da wir auch die wiederkehrenden Beiträge im Auge haben müssen. Leider wurde unser Antrag die Erhöhung auf 10% zu begrenzen, mehrheitlich im Rat abgelehnt. Somit werden die Bürger mit Mehrkosten im Jahr 2023 rechnen müssen und durch die neue Grundsteuermesszahlen wird ihnen 2025 nochmals eine Erhöhung folgen.

Pakt zum Schutz des Klimas

Die SPD-Fraktion hat im Gemeinderat den Antrag gestellt, Undenheim soll dem Kommunalen Klimapakt des Landes beitreten. Dieses Bündnis hat das Land mit den kommunalen Verbänden ins Leben gerufen, um die Klimaziele schneller erreichen zu können. Der Pakt besteht im Kern aus einem gegenseitigen Leistungsversprechen: Die beitretenden Kommunen forcieren freiwillig ihr Engagement im Klimaschutz. Im Gegenzug unterstützt das Land die Kommunen dabei, ihre Ziele zu erreichen – etwa mit individueller Beratung durch die Energieagentur. Flankiert wird der Klimapakt mit dem 180 Millionen Euro schweren Kommunalen Investitionsprogramm für Klimaschutz und Innovation (KIPKI). Mit dem Beitritt

müssen die Ortsgemeinden auch eine Liste mit mindestens fünf konkreten Maßnahmen beschließen, die sie im Rahmen des Klimapakts umsetzen wollen. Die SPD-Fraktion hat neun Maßnahmen als Diskussionsgrundlage eingereicht – darunter die systematische Erfassung von Potenzialflächen für PV-Anlagen auf kommunalen Liegenschaften, ein Konzept für Starkregenvorsorge, die Erstellung eines Baum- und Grünflächenkatasters oder klimabewusste Beschaffung seitens der Verwaltung. Der Antrag der SPD wurde zur weiteren Beratung in den Umweltausschuss verwiesen, der damit zum ersten Mal in der laufenden Legislaturperiode tagt.

Bei Anruf Betrug! Präventionsveranstaltung der Polizei Mainz und dem SPD Ortsverein Undenheim

Großen Zuspruch fand die Präventionsveranstaltung „Bei Anruf Betrug“ am 30. Januar 2023 in der Hemingway-Lounge in Undenheim.

Frau Polizeihauptkommissarin Eva Koch von der Präventionsabteilung des Polizeipräsidiums Mainz klärte über die neusten Betrugsmaschen am Telefon wie Europolanrufe, Gewinnversprechen, Schockanrufe, Einzeltrick oder WhatsApp Betrug und vieles andere mehr auf.

Für die Anwesenden gab es Tipps und Verhaltensratschläge durch die Polizei. Ein reger Austausch mit dem Publikum fand statt – auch nach der Veranstaltung.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass fast Jede*r bereits Phishing Mails oder Betrugsanrufe erhalten hat. Hierbei spielt das Alter der Betroffenen keine Rolle, denn auch jüngere Personen fallen auf Betrugsanrufe oder -mails herein.

